

Dieter Reinisch

Streikwelle in Großbritannien

Auch im Mai wurde wieder in Großbritannien gestreikt: Um den 1. Mai legten hunderttausende Pflegerinnen, Krankenschwestern, Rettungsfahrer und andere Angestellte des Gesundheitssystem NHS für 48 bis 72 Stunden ihre Arbeit nieder. Die Streiks im April und Mai konzentrierten sich regional auf England. In Wales und Schottland hatte es in den Wochen davor Lohnabschlüsse gegeben. Doch in England – und Nordirland, wo es seit Februar 2022 keine Regionalregierung gibt und daher auch keine Lohnverhandlungen – könnten die Streiks noch bis zum Ende des Jahres weitergehen, so die Drohung der Pflegegewerkschaft *Royal College of Nursing* (RCN), nachdem ihre Mitglieder ein Angebot der englischen Regierung abgelehnt hatten.¹ Die Nachwuchsärzte drohen ebenfalls, dass ihre Arbeitskämpfe „bis zu den nächsten Wahlen“ fort dauern könnten.

Bis zum 5. Mai hatten für fünf Wochen die 1.000 Angestellten der Reisepassbehörden ihre Arbeit niedergelegt. Dieser Arbeitskampf dauert ebenfalls seit Herbst 2022 an. Er wird von der Beamtengewerkschaft *Public and Commercial Services Union* (PCS) geführt. Am 28. April streikten zudem 133.000 PCS-Mitglieder in anderen Bereichen. Gleichzeitig begann die kleinere Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes *Prospect* am 10. Mai eine Welle von Arbeitsniederlegungen, die sich bis zum 7. Juni hinzog und an der 32.000 Mitglieder teilnahmen. Auch im Bildungsbereich wurden von der Lehrgewerkschaft *National Education Union* (NEU) und der Universitätsgewerkschaft *University and College Union* (UCU) weitere Kampfmaßnahmen in deren monatelangen Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen und Realloohnerhöhungen ergriffen.

Durch Großbritannien und Irland zieht sich seit dem Sommer 2022 eine Streikwelle, wie sie die Inseln seit den 1980er Jahren nicht mehr erlebt haben. Die langsame Rückkehr der gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe in Großbritannien fiel mit dem Beginn der Pandemie zusammen und hatte mehrere Gründe. Durch diese Kämpfe wuchs auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder erstmals wieder an, seitdem die neoliberale, erzkonservative Premierministerin der Tories, Margaret Thatcher die Gewerkschaften in den 1980er Jahren gebrochen hatte.

In den deutschsprachigen Medien spielten die Kämpfe in den letzten Monaten nur eine nachrangige Bedeutung. Der Kampf gegen die Rentenreform in Frankreich war mit viel höherer Frequenz in den Abendnachrichten zu sehen – sicherlich auch deswegen, weil er viele reißerische Bilder durch Randalen, Besetzungen und brennenden Straßenblockaden lieferte. Die Arbeitskämpfe in Großbri-

¹ Vgl. Dieter Reinisch, „Historische Abstimmung“, *junge Welt*, 18. April 2023, 15. Ich stütze mich im Folgenden auf meine kontinuierliche Streikberichterstattung für die „junge Welt“. Eine ausführlichere Darstellung der Ereignisse und eine tiefere Analyse erscheint von mir im Herbst als Buchform unter dem Titel „On Strike: Die Wiederkehr der Klassenkämpfe in Großbritannien“ bei PapyRossa (Köln).

tannien geben solche Bilder – derzeit – nicht her. Sie sind weniger militant, aber dennoch bedeutend. Die Kämpfe in Großbritannien sind in der „ökonomisch-korporativen Phase“², um es mit den Worten von Antonio Gramsci zu sagen. Es ist die frühe Phase des Kampfs um die Hegemonie, in der das Bewusstsein einer Interessensolidarität zwischen den Mitgliedern einer Klasse vorhanden, aber auf die ökonomische Sphäre begrenzt ist.

Anders, als von vielen befürchtet, entwickelte sich das Klassenkampfniveau nach dem Scheitern des linkssozialdemokratischen Corbyn-Projekts nicht neuerlich gegen Null. Stattdessen kam es erstmals seit den 1980er Jahren – und gegen den bisherigen europäischen Trend – zu einem Anstieg der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften und zu einer Zunahme der Arbeitskämpfe. Ein Blick auf die längerfristige Entwicklung der Arbeitskämpfe in Großbritannien hilft die Bedeutung der gegenwärtigen Phase zu verdeutlichen: Im Vereinigten Königreich sank die Gewerkschaftsmitgliedschaft um über 50 % zwischen 1980 und 2016; seither steigen die Mitgliederzahlen wieder an. Als 2019 die Daten des *Nationalen Statistikamts* (ONS) zu Arbeitskämpfen veröffentlicht wurden, zeigte sich, wie ruhig es um die Arbeiterbewegung in dem Land, in dem im 19. Jahrhundert die industrielle Arbeiterklasse entstanden war, nach knapp vier Jahrzehnten Neoliberalismus von Margaret Thatcher, New Labour unter Tony Blair und einer konservativen Regierung der Tories seit 2010 geworden war. Ein paar Eckdaten: 2018 war das Jahr mit der sechstniedrigsten Zahl an Streiktagen seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1891 und sogar das Jahr mit der zweitniedrigsten Zahl der an Streiks teilnehmenden Lohnabhängigen seit Beginn der Erfassung 1893. Auch die Anzahl der Arbeitskämpfe (unabhängig von der Länge) war die zweitniedrigste, seit dieser Wert seit 1930 erfasst wird. Dabei muss auch beachtet werden, dass zwei Drittel aller Arbeitskämpfe 2018 im Bildungssektor stattfanden. Zum großen Teil war dies der Kampf der Universitätsangestellten gegen eine Pensionsreform. Ohne diesen Kampf wäre das Jahr 2018 nach allen Daten das arbeitskampffärmste Jahr in der britischen Geschichte seit Datenerfassung in den 1890ern gewesen – und dies genau ein Jahrzehnt nach einer der schwersten Wirtschaftskrisen des Kapitalismus, die hunderttausende Menschen im Vereinigten Königreich in die Armut stieß.³

Seit 2018 hat sich im Vereinigten Königreich viel geändert: Die Auswirkungen des Brexits, die Lockdowns der Pandemie, eine Teuerungswelle seit dem Beginn des Ukrainekriegs und die Auswirkungen der permanenten Krise der regierenden Tories haben weitere Millionen Briten und Iren in die Armut gestoßen. Und obwohl nun statt dem linken Jeremy Corbyn der rechte, arbeiterfeindliche Sozialdemokrat Keir Starmer Labour anführt, haben sich die Gewerkschaften wieder erhoben. Der Dezember 2022 war der intensivste Streikmonat mit der höchsten Zahl an Arbeitskämpfen seit dem letzten Jahr der Regierung Thatchers 1989.

² Siehe: Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Hamburg 1996, S. 1566.

³ Gawain Little et al., *Lessons in Organising: What Trade Unionists Can Learn from the War on Teachers*, London: Pluto 2023, 18.

Im Folgenden werde ich knapp die Streikwelle darstellen, versuchen zu erklären, wie es dazu kam und abschließende Überlegungen über die zukünftigen Möglichkeiten, aber auch ihre Schwächen darlegen.

Streiktage im Vergleich

Zwischen 2008 und 2015 wurden im Vereinigten Königreich 4,6 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren. Am Höhepunkt der Bergarbeiterstreiks 1984 waren es 27 Millionen. Im intensivsten Jahr der Arbeitskämpfe, laut den Daten des OSN 1929, gingen 162 Millionen Tage durch Streiks verloren. 2016, im Jahr des Brexits, fiel die Streikaktivität auf den niedrigsten Stand seit Erfassungsbeginn 1893: Nur vier Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte wurden aufgrund von Streiks verloren.

2022 sollte sich die Ruhe auflösen: Alleine im zweiten Halbjahr von Juni bis Dezember wurden 2,5 Millionen Streiktage gezählt; der Schwerpunkt lag mit 79 % bei den Arbeitern und Angestellten aus der Transport-, Informations- und Kommunikationsbranche. Im Dezember waren es 822.000 Streiktage – die meisten in einem Monat seit November 2011 (997.000 Streiktage). Von Februar 2020 bis Mai 2022 gab es so gut wie keine Streikaktivitäten.

Die Daten zeigen: Derzeit erlebt das Vereinigte Königreich die intensivste Streikwelle seit 1989, dem letzten Amtsjahr von Margaret Thatcher, als 4,1 Millionen Arbeitstage durch Arbeitskämpfe verloren gingen. Die aktuellsten Daten des ONS ergeben für die ersten beiden Monaten des Jahres bereits 558.000 Streiktage. Hält der Trend an, könnte die Marke von 1989 vielleicht erreicht werden.

Die Gründe

Für den Aufschwung der Arbeitskämpfe sind objektive und subjektive Gründe verantwortlich. Die Arbeitskämpfe richten sich gegen den rapide voranschreitenden Verlust von Lebensstandard. Die Teuerungen durch die hohe Inflationsrate, die im Vereinigten Königreich seit dem Sommer bei über 10 %, teilweise sogar über 12 % lag, sind ein Grund. Diese Teuerungswelle stellt eine Kulmination der sozialen Belastungen seit dem Beginn des Neoliberalismus unter Thatcher Anfang der 1980er Jahre dar. Deren Politik wurde danach durch Tony Blair unter dem Namen „New Labour“ fortgesetzt. Damals begannen die Privatisierungen des Gesundheitswesens NHS, die dann von der konservativen Regierung ab 2010 beschleunigt wurden.

Zugleich führte die Wirtschaftskrise von 2008/09 im Vereinigten Königreich zu zunehmender Armut, zu Arbeitsplatzverlust und genereller Perspektivlosigkeit. Die daraus entstandenen Zukunftsängste waren eine Grundlage für den Sieg des Brexit-Lagers beim Referendum 2016. Die Versprechen eines wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs durch den EU-Austritt traten nicht ein. Stattdessen verfiel die konservative Partei in einen permanenten Kampf um die Parteispitze. In den vergangenen 12 Monaten gab es drei Premierminister, und wie lange sich Rishi Sunak halten wird, ist derzeit fraglich.

Die Pandemie verschärfte die Wirtschaftskrise und die Situation im NHS. Wegen Überarbeitung und Unterbezahlung verließen viele Angestellte das Gesundheitssystem. Nach Berechnungen der Plattform #SaveourNHS (Rettet unser NHS) ist in den letzten Jahren der Reallohn bei Pflegerinnen um ein Viertel gesunken. Der katastrophale Zustand des NHS spiegelt sich in den langen Wartelisten wider. Laut Daten der *British Medical Association* (BMA) warteten im Februar 2023 rund 7,22 Millionen Menschen auf Behandlung – fast 3,0 Millionen dieser Patienten warteten schon über 18 Wochen. Für über 360 Tausend Patienten wird eine Wartezeit von mehr als einem Jahr angegeben – im Vergleich zum Februar 2020, also vor Beginn der Pandemie, eine Steigerung auf das 169fache. Die mittlere Wartezeit für Behandlung lag bei 14,5 Wochen.

Die verheerende Situation des NHS veranlasste den Präsidenten des Ärzteverbands *Royal College of Emergency Medicine*, Adrian Boyle, zu betonen, dass über die Weihnachtstage 2022 viele kritische Vorfälle gemeldet worden seien, die zu vermeidbaren Todesfolgen geführt hätten. Ärzte warnen, dass aufgrund der Krise des Gesundheitssystems NHS bald wöchentlich 500 Menschen sterben könnten, weil sie keine ausreichende medizinische Versorgung bekommen.⁴ In der nordirischen Grafschaft Fermanagh führte es dazu, dass der Stadtrat bei der kubanischen Botschaft in London ansuchte, ob kubanische Ärzte nach Nordirland gesendet werden könnten, um im Krankenhaus von Enniskillen den Betrieb aufrecht zu erhalten.⁵

Mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 setzten schließlich Verwerfungen der Energiepreise ein, die die Inflation weiter in die Höhe trieben und zur aktuellen Teuerungswelle führten. In den zwölf Monaten bis März 2023 stieg der Warenkorbindex um 13,5 %, der Verbraucherpreisindex um 10,1 % und der Preisindex für Lebensmittel und nicht-alkoholische Getränke sogar um 19,2 % – der höchste Wert seit 45 Jahren. Der Gewerkschaftsdachverband *Trade Union Congress* (TUC) veröffentlichte im April Daten zum Preisanstieg einiger Lebensmittel in den vergangenen 12 Monaten: Porridge 36 %, Milch 34 %, Butter 23 %, Brokkoli 15 % und Kartoffel 14 %. In Nordirland schießen Suppenküchen aus dem Boden und Schuldirektoren berichten von Eltern, die am Eingangstor ihn Ohnmacht fallen, als sie ihre Kinder zur Schule bringen, da sie selbst tagelang nicht gegessen haben, um wenigstens ihre Kinder zu ernähren.⁶

Die Gewerkschaften fordern daher Reallohnerhöhungen. Ein entscheidender Faktor für die neue Militanz war ein Wandel an der Spitze einiger Teil- und Branchengewerkschaften. In den vergangenen Jahren haben sich einige Gewerkschaften „von gelben zu roten Gewerkschaften entwickelt“, wie der *Unite*-Organisator Willie Howard betonte. Das bedeutet, dass sie eine Klassenanalyse haben und erkennen, dass die Interessen der Beschäftigten und der Unternehmer

⁴ Vgl. junge Welt, 5. Januar 2023, 9.

⁵ Vgl. ebd., 31. März 2023, 6.

⁶ Vgl. ebd., 29. März 2023, 3.

unterschiedlich sind, wie er betonte. *Unite* ist die zweitgrößte Gewerkschaft Großbritanniens und hat 1,5 Millionen Mitglieder.

In den letzten Jahren wurden einige Gewerkschaften „rot“. Die Eisenbahnergewerkschaft *National Union of Rail, Maritime and Transport Workers* (RMT) war immer sehr kämpferisch, dazu kamen auch die *Communication Workers Union* (CWU) in der Telekommunikationsbranche, die im Winter mit den Postangestellten die meisten Streikenden hatte, und auch *Unite*. Durch Veränderungen in den Organisationen wurden strukturelle Voraussetzungen geschaffen, die die erhöhten Streikaktivitäten der Arbeiter und Angestellten ermöglichten.

Howard betont, dass es 2021 einen Wechsel an der Spitze von *Unite* gab: „Die Leute hatten zehn Jahre keine Gehaltserhöhung bekommen. Die Gewerkschaften haben ihren Fokus verloren, weil sie glaubten: Wenn die richtige Regierung kommt, dann brauchen wir nichts mehr zu machen. Die Leute bemerkten das und die Gewerkschaften verloren Mitglieder.“⁷ Seither ist mit Sharon Graham eine sehr kämpferische Person die Vorsitzende von *Unite* geworden. Sie distanzierte sich auch vom rechten Labour-Chef Keir Starmer wegen seiner gewerkschaftsfeindlichen Politik. *Unite* erreicht durch ihre konsequente Arbeit immer wieder hohe Lohnabschlüsse über der Inflationsrate. Zuletzt erkämpfte sie 16,2 % Lohnerhöhung für die Busfahrer in den englischen Midlands.⁸ In London wurden sogar 18 % erzielt.⁹

Da die Gewerkschaftsführung die Mitglieder unterstütze und aktiv Arbeitskämpfe anstrenge, sei ein großer Wille zum Kämpfen da, betont Howard: „Es gibt sehr viel Wut.“ So hat *Unite* im Jahr 2022 über 450 Arbeitskämpfe organisiert – mehr als in allen Jahren seit der Gründung 2007 zusammen, und 90 % davon wurden gewonnen. Auch in anderen Gewerkschaften kamen militante, klassenkämpferische Personen an die Spitze, wie der populäre Chef der Eisenbahnergewerkschaft RMT, Mick Lynch, und sein Generalsekretär Eddie Dempsey, der Mitglied der KP-nahen *Connolly Association* ist.

Es sind neben den Gewerkschaften im NHS und der Gewerkschaft *Unite* vor allem die Transportarbeiter der Gewerkschaft RMT und der Lokführergewerkschaft *Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen* (ASLEF), die Lehrer- und Universitätsgewerkschaften NEU und UCU und die Beamtengewerkschaft PCS, die neue militante Führungspersonlichkeiten bekommen haben und die Speerspitze der aktuellen Arbeitskämpfe bilden. Ein Beispiel ist die PCS, die sechstgrößte Gewerkschaft Großbritanniens mit rund 235.000 Mitglieder. Mark Serwotka ist seit 2005 ihr Generalsekretär, somit keines der neuen Gesichter, die bei anderen Gewerkschaften in den letzten Jahren übernommen haben. Der 59-jährige war in den 1980ern zunächst Mitglied des trotzkistischen *Socialist Organiser*, danach im Wahlbündnis *Socialist Alliance* und später in der

⁷ Sh. Dieter Reinisch, „Es gibt einen sehr großen Willen, zu streiken“, junge Welt, 24. Oktober 2022, 2.

⁸ Vgl. junge Welt, 30. März 2023, 9.

⁹ Vgl. ebd., 15. Februar 2023, 9.

Partei *Respect* des ehemaligen linken Labour-Abgeordneten George Galloway aktiv, die 2004 aus der Bewegung gegen den Irakkrieg entstand.¹⁰

Die große Anzahl der neuen, militanten Gewerkschaftsführer ist auch eine Nachwirkung der Corbyn-Jahre. Corbyn konnte sich nicht halten und wurde von der Clique um Blair-treue rechte Sozialdemokraten verdrängt. Die neue Militanz der Gewerkschaften ist aber ein direktes Zeichen, dass sein Projekt nicht gescheitert ist. Diese neuen militanten Gewerkschaftsführer versuchen zunehmend, politische Forderungen zu stellen und jenseits von Lohnkämpfen die Mitglieder zu organisieren. So fordert RMT eine Wiederverstaatlichung der britischen Bahn, was zumindest in Schottland bereits erfolgreich von der Regionalregierung umgesetzt wurde.¹¹ Die PCS weigerte sich im Herbst, Abschiebeflüge nach Ruanda durchzuführen, was zum vorläufigen Scheitern dieses Plans der konservativen Regierung führte.

Eine Zwischenbilanz

Obwohl viele Streiks erfolgreich waren, gibt es zwei Hauptprobleme, die verhindern, dass sich die Streiks ausweiten und weitergehende Erfolge als vereinzelte Lohnerhöhungen im zweistelligen Bereich erringen. Das erste Problem ist die fehlende Koordinierung. Zwar gab es am 1. Februar und am 15. März landesweite Aktionstage gegen das neue Antistreikgesetz bzw. die Budgetvorstellung der Tories. Eine gemeinsame Planung und Strategie über Teilgewerkschaften, Branchen und einzelne Unternehmen hinaus ist jedoch nicht gewünscht – ganz im Gegenteil, wie die Entwicklungen im NHS zeigen.

Gegen den Willen der RCN-Leitung stimmten die Mitglieder gegen eine Lohnangebot der Regierung. RCN organisierte daraufhin neue Streiks im Mai. Dennoch beginnt die NHS-Streikfront zu bröckeln. Mitglieder der Gewerkschaft *Unison* haben das Lohnangebot angenommen. Es bringt ihnen gerade einmal 5 % Lohnerhöhung für 2023/24. Dies ist ein enormer Reallohnverlust, da die Inflation seit letztem Sommer fast durchgehen bei über 10 % liegt. Die meisten Gewerkschaften, darunter *Unite*, haben ihren Mitgliedern empfohlen, das Angebot abzulehnen.

In der Woche nach Ostern hatten die Nachwuchsärzte für vier Tage gestreikt. Hunderttausende Behandlungen und Operationen mussten verschoben werden. Doch RCN und *British Medical Association*, die die Nachwuchsärzte vertritt, erklärten kurz darauf, keine „gemeinsame Aktionen“ zu planen. Die größte Schwäche der aktuellen britischen Streikwelle ist die weiterhin fehlende Koordination der Gewerkschaften.

Die zweite Schwäche ist die fortwährende Bindung vieler Gewerkschaften, allen voran des TUC, an Labour. Das liegt auch am Umfragehoch der Partei. *YouGov*-Umfragen von Anfang April zeigten, dass Labour einen 40 Punkte-Vorsprung gegenüber den Tories hatte. Dieser schrumpfte zwar in den Folgewochen, blieb

¹⁰ Vgl. ebd., 27. Dezember 2022, 15.

¹¹ Vgl. Ebd., 7. März 2023, 9.

aber deutlich. Nach 13 Jahren in Opposition haben viel Arbeiter und Angestellte Illusionen in eine Labour-Regierung. Obwohl Starmer und seine Richtung die Arbeitskämpfe ablehnen, profitieren sie in den Umfragen von den Klassenkämpfen. Aufgrund des Umfragehochs schrecken die Gewerkschaften zurück, offen Labour zu kritisieren.

Auch, weil es kein anderes politische Vehikel gibt. Langfristig wird sich ein solches aber Herausbilden müssen. Wie schwer sich klassenkämpferische Aktivist:innen tun, sich von Labour zu trennen, zeigt die Debatte um den Wahlantritt von Jeremy Corbyn. Starmer hatte im Parteivorstand veranlasst, seinen Vorgänger nicht als Labour-Kandidat bei den nächsten Wahlen ins Rennen zu lassen. Die Corbyn unterstützende Basisorganisation *Peoples Momentum* ist nun in einer Zwickmühle: Denn sie will keine unabhängigen Kandidaten unterstützen.

Trotz der Probleme und selbstgestrickten Einschränkungen, die einem weitergehenden Erfolg der Streikwelle entgegenstehen, liegt in ihr großes Potential. Denn erstmals seit über 30 Jahren werden breite Kämpfe um Realloohnerhöhungen in Großbritannien geführt. Eine neue Generation an Aktivist:innen, Arbeitern und Angestellten erlebt derzeit, dass durch Klassenkampf reale Verbesserungen im Alltag und im Berufsleben errungen werden können. Auch die Bevölkerung sieht die Arbeitskämpfe positiv. Eine *YouGov*-Umfrage aus dem Januar 2023 ergab, dass 65 % den NHS-Streik der Krankenschwestern unterstützten. Selbst bei den landesweiten Streiks der Eisenbahner und Busfahrer lag die Zustimmung bei über 50 %.

Darauf können die Gewerkschaftsaktivist:innen in den kommenden Jahren aufbauen. Und diese Unterstützung kann die Basis zu Etablierung eines neuen politischen Projekts sein. Dieses wird sich noch nicht in der aktuellen Streikwelle herausbilden können, denn der Kampf um die Hegemonie ist noch nicht aus der ökonomisch-korporativen Phase herausgetreten. Ein neues politisches Projekt wird sich wohl erst herausbilden, wenn Labour die nächsten Unterhauswahlen gewinnt und sich die Kämpfe um Realloohnerhöhungen gegen eine rechte Labour-Regierung wenden werden. Erst dann wird der Klassenkampf in Großbritannien weiter vorangetrieben werden können. Derzeit ist eine von Labour und TUC unabhängige, überregionale Führung der Arbeitskämpfe nicht vorhanden. Diese Lehren müssen die militanten Gewerkschafter und die Labour-Linke lernen, denn die britischen Arbeiter und Angestellten können nicht abermals 30 Jahre warten.